

Kein Ende der Gewalt in Aceh

In der nach Unabhängigkeit strebenden Provinz Aceh in Nordsumatra ist es erneut zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den indonesischen Streitkräften und der Zivilbevölkerung gekommen, in deren Verlauf mindestens 50 Menschen getötet wurden, darunter auch Frauen und Kinder. Hunderte Truppen der Armee waren am 22.7.99 von Takengong, Zentral Aceh, aufgebrochen und hatten sich in vier Dörfern der Region Beutong Ateuh postiert. Auf der Suche nach einer Gruppe von Anhängern der Unabhängigkeitsbewegung »Freies Aceh«, die angeblich über 100 Waffen in dem Haus ihres Anführers Bantaqiah versteckt haben sollen, wurde zuerst das Dorf Blang Puuk durchkämmt. Die Militärs bereiteten die Bewohner auf eine Kontrolle ihrer Personalausweise vor und

strebten am Nachmittag nach Blang Meurandeh, wo sich die Bürger schon in dem Haus Bantaqiahs versammelt hatten.

Die Militärs forderten alle Anwesenden auf, mit erhobenen Händen herauszukommen und sich auf dem Hof zu versammeln. Als die Bewohner der Anforderung nachkamen, erschossen die Soldaten sofort Bantaqiah und einige Minuten später seine Familie, als diese ihm zu Hilfe eilen wollte. Auch die anderen Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung wurden brutal von den Militärs attackiert, obwohl sie laut Augenzeugenberichten keinen Widerstand gegen die Befehle der Soldaten geleistet hatten. Die TNI (Nationale Streitkräfte Indonesiens) dementierte dies vor der Presse. Laut ihren Aussagen hätten die Soldaten Bantaqiah zweimal aufgefordert, aus dem Haus zu

kommen. Als er endlich herausgekommen sei, habe er sie sofort angegriffen, woraufhin man ihn erst erschossen habe.

Die Brutalität der Militärs rief umgehend die Nichtregierungs- und Studentenorganisationen Acehs auf den Plan, die den Angriff der Soldaten als grobe Verletzung der Menschenrechte und als Abschächtung harmloser Dorfbewohner ansahen. »Wenn Bürger, einschließlich Frauen erschossen werden, kann das meiner Meinung nach nicht toleriert werden und verletzt eindeutig die Menschenrechte«, lautete die Stellungnahme des Dekans der juristischen Fakultät der Universität Syiah Kuala in Aceh. »Wer auch immer die Täter waren: sie müssen vor ein Gericht gestellt werden«, sagte er.

vgl. Kompas 27.07.99, Waspada 27.07.99

Keine Fortschritte im Fall Suharto

Das Verfahren gegen den Expräsidenten Suharto schleppt sich weiterhin schwerfällig dahin. Suharto war Ende 1998 angeklagt worden, während seiner Amtszeit massiv in Affären der Korruption und Vetternwirtschaft verstrickt gewesen zu sein und dabei Beträge in Milliardenhöhe beiseite geschafft zu haben. Während der letzten Monate wurden immer wieder Stimmen laut, die der Justiz vorwerfen, nicht konkret an dem Fall zu ermitteln, da sie selbst von Suharto gekauft worden sei.

Dieser Verdacht wurde insbesondere aus den Reihen der

Bevölkerung geäußert, aber auch im Parlament (DPR) macht sich mittlerweile spürbarer Unmut über die Verzögerung des Verfahrens breit. Aus diesem Grund wurde der Vorsitzende des Gerichts Ismudjoko bei seinen Ausführungen von Mitgliedern der F-KP (Fraktion Arbeitsentwicklung) unterbrochen, als er erklärte, daß es seit seinem Amtsantritt als Vorsitzender keine Beweise gäbe, die auf die Schuld Suhartos hindeuten würden.

Die Vertreter der F-KP Aisyah Aminy und Yasril A. Baharudin schnitten Ismudjoko das Wort ab und beklagten die Vor-

gehensweise des Vorsitzenden, der sich letztlich mit seinen Reden im Kreis drehe. »Es werden immer noch Beweise gesucht, das haben wir schon oft gehört«, meinte Aisyah Aminy. KH Muamal von der F-PP (Fraktion Einheit der Entwicklung) schlug in die selbe Kerbe, als er erklärte, man müsse dem Volk endlich ein zufriedenstellendes Ergebnis der Untersuchungen liefern. Andernfalls sei die wachsende Wut der Bevölkerung, die verheerende Folgen haben könne, nicht zu verhindern.

vgl. Waspada 27.07.99 Kompas 27.07.99

Schuldenberg steigt weiter

Indonesien wird auch in Zukunft von Geldspritzen aus dem Ausland abhängig sein. Bei dem jährlichen Treffen der Beratergruppe Indonesien (CGI) in Paris am 28. Juli wurden weitere 5,86 Mrd. US-Dollar von Kreditinstituten gewährt, so daß die Finanzierung des Staatshaushaltes zunächst einmal nicht gefährdet ist. Der Direktor der Weltbank, Sandstrom, begründete die Vergabe des Kredites mit den folgenden Worten: »Wir sehen, daß die indonesische Regierung

logische Schritte unternehmen kann, obwohl sie sich in einer schwierigen politischen Lage befindet.«

Allerdings erscheint die ständige Abhängigkeit von Krediten aus dem Ausland trotzdem als bedrohlich, da die indonesische Regierung bereits enorm hoch verschuldet ist. Die externen Schulden werden auf mehr als 70 Mrd. US-Dollar und die internen Schulden auf ca. 81 Mrd. US-Dollar geschätzt. Millionen

von Dollar verschwinden durch Korruption, und die internationale Bereitschaft, eine solche Regierung zu unterstützen, sinkt insgesamt rapide. Daher ist es für die neue Regierung unerlässlich, einen glaubwürdigen und »sauberen« Eindruck bei den Kreditgebern zu hinterlassen. Ansonsten besteht die Gefahr, daß die Hilfe aus dem Ausland im kommenden Haushaltsjahr ausbleibt.

vgl. Republika 29.07.99, Kompas 29.07.99

nachrichten

Plan zur Stabilisierung der Wirtschaft

Habibie legte im Zuge der Diskussion um die Verbesserung der ökonomischen Situation ein Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft vor, das aus mehreren Punkten besteht. Damit den nationalen und internationalen Investoren das Gefühl vermittelt wird, ihr Geld sicher in Indonesien anlegen zu können, müsse man zuerst für eine dementsprechende ruhige Atmosphäre sorgen, meinte Habibie. Dazu sei zweitens eine Umstrukturierung des Bankensektors notwendig: nur gesunde Banken, die ausschließlich von professionellen, integren Personen geführt seien, dürfen in Zukunft noch ökonomische Aktivitäten finanzieren. Drittens müßten Institutionen, welche die Wirtschaft unterstützen, vollständig umstrukturiert werden. Wie diese Punkte jedoch mit Inhalt gefüllt und anschließend in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen, ließ Habibie offen.

vgl. Kompas 16.08.99

Kreditvergabe der CGI an Indonesien

Jahr	Summe (Mio. US\$)
1992/93	4.949
1993/94	5.112
1994/95	5.203
1995/96	5.360
1996/97	5.260,5
1997/98	5.299,3
1998/99	7.894

Quelle: Kompas 29.07.99

nachrichten

Diskussion

über die zukünftige

Rolle des Militärs

Über die Vertretbarkeit der Doppelfunktion (*dwifungsi*) der indonesischen Streitkräfte scheiden sich im Parlament (DPR) weiterhin die Geister. Seit mehreren Monaten wird die politische Rolle des Militärs und ihre starke Präsenz im DPR offen kritisiert. Laut Befragungen eines Beobachters kann die Präsenz der politischen Vertretung des Militärs im DPR aber erst dann beendet werden, sobald die politischen Parteien sich stabilisiert hätten. »Wenn die zivilen Institutionen sich mehr für Demokratieförderung einsetzen, können wir darüber reden, die Anzahl der Sitze, die für die TNI reserviert sind, zu reduzieren«, sagte der Minister für Erziehung und Kultur Juwono Sudarsono.

Nach Meinung des Ministers wird es jedoch zwischen fünf und zehn Jahren dauern, bis eine zivile Demokratie aufgebaut sein wird, so daß die Abschaffung der politischen Funktion der TNI wahrscheinlich eine ebenso lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Im Gegensatz zu Sudarsono vertrat AS Hikam von der Indonesischen Akademie der Wissenschaft (LIPI), die Ansicht, man könne Zivilinstitutionen nicht mit dem Militär vergleichen. »Das ist, als ob man einen Granatapfel mit einer Wassermelone vergleiche

Waldbrände geraten außer Kontrolle

Die Katastrophe von 1997 scheint sich zu wiederholen: Hunderte von Waldbränden toben seit Anfang August 1999 in weiten Teilen Sumatras. Dicker Rauch hüllte insbesondere die Provinz Riau ein, so daß die Behörden die Bevölkerung dazu aufforderten, Atemmasken zu tragen. Die Sichtweite in Riau soll unter 200 Metern gelegen haben. Kinder und alte Menschen waren wegen akuter Atemnot gezwungen, sich in ihren Häusern aufzuhalten.

Vor zwei Jahren waren mehrere Millionen Hektar Urwald den Flammen zum Opfer gefallen, da sich das Feuer trotz aller Bemühungen nicht

löschen ließ. Zehntausende Menschen in Borneo und Sumatra erlitten in dieser Zeit gravierende Schädigungen der Atemwege durch den Brandsmog. Die damals durch den Rauch verursachten schlechten Sichtverhältnisse zogen auch einen Flugzeugabsturz und mehrere Schiffskollisionen nach sich.

In der trockenen Jahreszeit betreiben immer noch viele Bauern Brandrodung, obwohl dies offiziell verboten ist. Wenn der Monsun erst später als gewöhnlich einsetzt, ist ein Löschen der Brände beinahe unmöglich, obwohl auch in diesem Sommer erneut inter-

nationale Feuerexperten zur Bekämpfung der Brandherde nach Sumatra geschickt wurden. Indonesiens Nachbarstaat Malaysia befürchtet durch die Luftverschmutzung einen Einbruch im Fremdenverkehr und sieht bereits das Formel-1-Rennen, das erstmals dort stattfinden wird, als gefährdet an. Umweltminister Law Hieng Ding weigerte sich in diesem Zusammenhang, die Zahlen über die Luftverschmutzung zu veröffentlichen, da andernfalls Touristen vertrieben werden könnten und die Menschen übersensibel würden.

Vgl. *Bonner Rundschau* 6.8.99

Schwere Unruhen in Ambon

Schon seit Monaten gehört die Stadt Ambon zu den Brandherden Indonesiens. Immer wieder wird in der Presse von Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen berichtet; der Haß beider religiöser Gruppen aufeinander nimmt immer weiter zu. Insgesamt sind seit Beginn 1999 mehr als 400 Menschen getötet worden und Tausende flüchten in die angrenzenden Provinzen, da die Situation sich nicht zu bessern scheint.

An den Unruhen zwischen dem 26. und 29. Juli 1999 waren laut Vermutungen erneut sowohl Christen als auch Muslime beteiligt. Bei den Auseinandersetzungen kamen min-

destens 24 Menschen ums Leben, über 60 Leute wurden verletzt. Es entstand hoher Sachschaden, da große Supermärkte, mehrere Wohnhäuser, Bürogebäude und eine Bank verbrannt oder zerstört wurden. Da die Polizei die wahren Drahtzieher noch nicht gefunden hatte, wurden lediglich 32 Unruhestifter von Sicherheitskräften festgenommen. Die Augenzeugen wagen es auch weiterhin nicht, über ihr Wissen zu reden, weil sie die Rache der Täter fürchten. Somit stehen die Chancen nicht besonders gut, die wirklichen Täter zu finden. Um die Sicherheit in Ambon zu erhö-

hen und eine Verschlechterung der Lage zu verhindern, soll in Zukunft ein größeres Aufgebot von Sicherheitskräften in Ambon stationiert werden, wie aus Polizeikreisen verlautete.

Der einflußreiche Muslimführer Abdurrahman Wahid (Gus Dur) forderte die Menschen dazu auf, sich als einheitliches Volk zu betrachten. »Weder die Muslime noch die Christen dürfen ihre eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund stellen. Am entscheidendsten sind nationale Angelegenheiten«, kommentierte Gus Dur das Verhalten der beiden religiösen Gruppen am 28.07. in Jakarta.

Vgl. *Banjarmasin Post* 29.07.99

Kurs der Rupie wieder stabiler

Präsident BJ Habibie erklärte am 16.08.1999, es gäbe Anzeichen dafür, daß die ökonomische Lage sich allmählich wieder erhole. Insbesondere zeichne sich eine positive Veränderung bei der Entwicklung des Kurses der Rupie ab, so Habibie. »Im 2. Quartal des Kalenderjahres 1999 hat sich der Wert der Rupie stetig von 8.650 pro US\$ im April auf 6.700 pro US\$ im Juli 1999 erhöht«, sagte Habibie gegenüber der Presse. Er fügte hinzu, dies sei ein bemerkenswerter Fortschritt, da schließlich noch vor 14 Monaten 15.000 Rupien einem Gegenwert von einem US\$ entsprochen hätten.

Die Bereitschaft ausländischer Investoren, ihr Geld in Indonesien anzulegen, stufte Habibie ebenfalls als positive Veränderung ein. Jedoch sieht der Präsident die stetig wachsende Anzahl der Arbeitslosen in Indonesien als einen problematischen Faktor für die ökonomische Lage an. Viele Arbeiter hatten durch die Wirtschaftskrise ihren Job verloren und bisher noch keine neue Anstellung gefunden. Die Zahl der öffentlich bekannten Arbeitslosen beträgt zur Zeit 6,1 Mio., aber dies ist natürlich nur ein Bruchteil der tatsächlich arbeitslosen Bevölkerung. vgl. *Kompas* 16.08.99

chen würde«, sagte er. Arbi Sanit von der Universität Indonesien (UI) hingegen stellte konkrete Forderungen an die TNI. Er verlangte von den Streitkräften, im Zuge der Reformbewegung ebenfalls eine neue Position zu finden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen. Dies betreffe auch die Doppelfunktion der TNI, meinte er.

vgl. *Kompas* 27.07.99